

Sozialdetektive: Reinach hat Interesse

Die Sozialhilfebehörden der Birsecker Gemeinden reagieren mit Ausnahme von Reinach zurückhaltend auf den Entscheid des Baselbieter Regierungsrats, dass sie Sozialdetektive zur Missbrauchsbekämpfung einsetzen dürfen.

Lukas Hausendorf

Am 22. März teilte der Verband für Sozialhilfe des Kantons Basel-Landschaft mit, dass der Regierungsrat der Auffassung ist, dass mit den bestehenden Rechtsgrundlagen der Einsatz von Sozialdetektiven durch die Gemeinden möglich ist. Von den Gemeinden sei immer wieder Druck in diese Richtung gemacht worden, so die Präsidentin des Verbands, Lilly Senn, die zugleich auch Vorsteherin der Reinacher Sozialhilfebehörde ist. Sie glaubt, dass der Einsatz solcher Sozialdetektive auch einen «nachhaltigen Abschreckungseffekt» mit sich bringt, weshalb sie sich solche Mandate auch in Reinach gut vorstellen kann. Im luzernischen Emmen, wo seit zwei Jahren ein Sozialinspektor angestellt ist, flogen bereits 29 Fälle von Sozialmissbrauch mit einer Summe von rund 180 000 Franken auf. In Reinach kann sie sich vorstellen, schon bald eine Fachperson zu beauftragen.

Ganz anders präsentiert sich die Ausgangssituation in Münchenstein, Arlesheim und Aesch. Das Thema ist überall diskutiert worden, nachdem das Wort Sozialmissbrauch schon seit Wochen durch die Medien geistert. «Outsourcing ist dennoch kein Thema für uns», stellt der Vorsteher der Münchener Sozialhilfebehörde, Conrad Knauer, klar. Er ist der Ansicht, dass mit einer Optimierung der gemeindeeigenen Sozialen Dienste mehr erreicht werden könne. «Die soziale Verantwortung bleibt bei der Gemeinde», hält er fest. Diese Meinung vertritt auch seine Arlesheimer Kollegin Ursula Laager. Es sei kein Thema. Eher setze man auf intensivere Betreuung. Ein Zeichen dafür ist auch die Aufstockung der Behörde um 60 Stellenprozent. In Arlesheim ist zudem günstiger Wohnraum rar, was die Zahl der Sozialhilfeempfänger relativ tief hält. Aktuelle Zahlen sind aber nicht vorhanden. Die neuste Statistik des Kantons Baselland ist aus dem Jahr 2005. Da betrug die Unterstützungsquote im Bezirk Arlesheim 2,0 Prozent. Mit der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und dem Zurückgehen der Arbeitslosenrate dürfte diese Quote im vergangenen Jahr noch gesunken sein.

In Aesch ist man vom Entscheid sogar überrumpelt. Man werde den Einsatz von Sozialdetektiven sicher diskutieren. Man wisse aber noch nicht einmal, an wen man sich denn wenden solle, zeigt sich Renate Bürki, die der Aescher Sozialhilfebehörde vorsteht, ein wenig überfordert. Vor allem werde damit das Problem nicht wirklich gelöst.



Lilly Senn, Präsidentin der Reinacher Sozialhilfebehörde, kann sich den Einsatz eines Sozialhilfedetektivs in ihrer Gemeinde gut vorstellen.

FOTO: LUKAS HAUSENDORF

Entlastung für Gemeinden

Der lokale Marktführer für Leistungsabklärungen von Sozialhilfeempfängern ist die ABS Betreuungsservice aus Pratteln. Deren stellvertretender Geschäftsführer Niggi Rechsteiner hat skeptischen Gemeinden viele Argumente entgegenzuhalten. Es sei beispielsweise ein Vorteil, wenn der Sozialarbeiter nicht persönlich in die Abklärung eingebunden sei, weil so sein Verhältnis zum Klienten nicht belastet

werde könne. Auch die Kosten führt er ins Feld. «Wenn einer ein nicht deklariertes Einkommen erwirbt, ist das Geld, das im Interesse des Gemeinwesens liegt», so Rechsteiner. Vor allem würden aber die Sozialhilfeempfänger selbst von seinem Einsatz profitieren. Durch die angeheizte Diskussion seien sie stigmatisiert worden. Die Leistungsabklärungen würden zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Sozialhilfe beitragen.